



# Berlin-Brief

von Josip Juratovic  
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. März 2007

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

am Montag haben wir unser Konzept zur Familienpolitik vorgestellt. Damit haben wir wieder deutlich gemacht, dass die Familienpolitik bei den Sozialdemokraten in guten Händen ist. Eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik ist entscheidend für die zukünftige Entwicklung unseres Landes. Weil wir das wissen, haben wir schon in der vergangenen Legislaturperiode mit der damaligen Familienministerin Renate Schmidt begonnen, in der Familienpolitik eine andere Richtung einzuschlagen. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, flexibler Elternzeit, dem Recht auf Teilzeit, der steuerlichen Begünstigung von Familien, dem Konzept für das Elterngeld, der Einrichtung „Lokaler Bündnisse für Familie“ sind durch uns wichtige Bausteine für eine moderne Familienpolitik umgesetzt worden.

Während in der Union noch viele an einem veralteten Bild von Familie festhalten, wollen wir eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der jeder Mensch die Chance hat, seinen Lebensentwurf zu verwirklichen. Wir setzen auf eine Politik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zurückstellen zu müssen. Der Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder ist dabei der entscheidende Schlüssel zum Erfolg. Wir haben damit in der letzten Legislaturperiode begonnen und wir werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot an Betreuung weiter verbessert wird.

Abschließend möchte ich alle Genossinnen und Genossen bitten, sich an der Mitgliederbefragung zum Grundsatzprogramm zu beteiligen. Der Fragebogen lag der letzten Ausgabe des Vorwärts bei, ist aber auch online unter [www.spd-online.de](http://www.spd-online.de) auszufüllen.

**Mit freundlichen Grüßen**

A handwritten signature in black ink that reads "Josip Juratovic".

Josip Juratovic MdB

## **Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zum Erfolg führen**

Anlässlich der Regierungserklärung am 1. März 2007 zum Europäischen Rat hat Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut deutlich gemacht, dass bis Juni ein Fahrplan zur europäischen Verfassung erarbeitet werden soll. Darin müsse geklärt werden, wie es mit dem Verfassungsvertrag weiter gehen solle. Beim Brüsseler Frühjahrsgipfel am 8. und 9. März soll es jedoch insbesondere um Fragen der europäischen Energiesicherheit und um Maßnahmen gegen die Erderwärmung gehen. Von der Verabschiedung ehrgeiziger Klimaschutzziele durch den Europäischen Rat erhofft sie sich Rückenwind für den Gipfel der führenden Industrienationen (G-8) und den EU-USA-Gipfel.

Die Sozialdemokraten haben eigene Schwerpunkte im Vorfeld des Frühjahrsgipfels am 8./9. März formuliert:

Die Lissabon-Strategie muss zum Reformmotor der EU und der Mitgliedstaaten werden, denn sie ist ohne vernünftige Alternative. Ihr Ziel ist es, angemessen auf die Globalisierung und die Bevölkerungsalterung zu reagieren.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie gilt das Zusammenspiel aus Nachhaltigkeit, Sozialverpflichtung und Wettbewerbsfähigkeit.

Europa muss durch vermehrte und gemeinsame Anstrengungen Arbeit unter guten und fairen Arbeitsbedingungen sowie einen angemessenen sozialen Schutz fördern. Eine größere Flexibilität am Arbeitsplatz muss mit angemessenen Arbeitnehmerrechten einhergehen. Sicherheit und Flexibilität gehören untrennbar zusammen.

Das Europäische Gesellschafts- und Sozialmodell, das wirtschaftliche Dynamik mit weitreichenden sozialen und ökologischen Standards verbindet, soll gestärkt werden. Die europäische Befassung mit der Sozialpolitik ist richtig. In weiten Bereichen kann Europa jedoch nur mit der Vorgabe von Zielen und dem Verweis auf beste Lösungen tätig werden. Sozialpolitik ist und bleibt nationale Angelegenheit.

Durch die Entscheidung Deutschlands, Vorreiter im Klimaschutz sein zu wollen, konnten bereits 215.000 Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien geschaffen werden. Weitere Jobchance bietet der Bereich des Energiesparens und der Energieeffizienz. Für kurzfristige Änderungen, mittelfristige technologische Umstellungen und für langfristige Rahmenbedingungen für Investitionen muss die Politik klare Vorgaben machen. Dabei sind folgende verbindliche Ziele festzulegen:

1. Einseitige Senkung der Treibhausgasemissionen in der EU bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 und Bereitschaft dieses Einsparziel auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn international eine Nachfolgevereinbarung zum Kyoto-Protokoll erreicht werden kann.
2. Festlegung, dass bis 2020 mindestens 20 Prozent Erneuerbare Energien im Energiemix erreicht sein müssen.
3. Steigerung der Energieeffizienz bis 2020 um 20 Prozent. Wichtigstes Instrument zur Umsetzung muss das von Deutschland auf Initiative der SPD vorgeschlagene Top-Runner-Prinzip sein, bei dem die jeweils energieeffizientesten Elektrogeräte und andere Produkte den Standard setzen, den alle anderen Anbieter innerhalb weniger Jahre erreichen müssen.
4. Schnelle Entwicklung der Technologie zur Abscheidung und sicheren Verwahrung von CO<sub>2</sub> aus Gas- und Kohlekraftwerken.

## **Einsatz von Aufklärungsflugzeugen im Afghanischen Luftraum**

Im Deutschen Bundestag wurde am 28. Februar 2007 der Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage verschiedener Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Drs. 16/4298) in 1. Lesung beraten.

▪ **Schutz der ISAF-Soldaten**

50 Aufklärungsflugzeuge des Typs "Tornado Recce" sollen im gesamten Verantwortungsbereich der Internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan zur Luftaufklärung und -überwachung eingesetzt werden. Dafür werden bis zu 500 zusätzliche Soldaten bereitgestellt. Die Regierung begründet ihren Antrag damit, dass mit der Übernahme der Verantwortung im Süden und Osten Afghanistans die NATO insbesondere mit einer angespannteren Sicherheitslage konfrontiert ist. Das Bündnis habe für diese Lage Vorsorgemaßnahmen getroffen, darunter auch die Fähigkeit zur Aufklärung aus der Luft. Dies diene dem Schutz der ISAF-Soldaten, aber auch der im Land eingesetzten zivilen Helfer und der afghanischen Bevölkerung. Der Einsatz von Aufklärungsflugzeugen ergänze dabei den bestehenden militärischen Beitrag Deutschlands und ist bis zum 13. Oktober 2007 befristet. Die zentralen Herausforderungen in und für Afghanistan sind und bleiben politischer Natur. Deshalb verfolgt die Bundesregierung einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Arten von Unterstützungsleistungen für Afghanistan umfasst. Er liegt dem zwischen den beteiligten Bundesministerien vereinbarten Konzept, das im September 2006 angepasst wurde, zugrunde.

**Dynamik beim Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen**

Die Unterrichtung über den Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren 2006 (Drs. 16/2250) wurde am 1. März 2007 im Deutschen Bundestag beraten.

Laut dem Bericht wurde 2005 für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren eine Platz-Kind-Relation von 13,7 Prozent in Gesamtdeutschland erreicht. Das ist gegenüber 2002 eine Steigerung von 25 Prozent. Allerdings ist der Ausbaubedarf in den westlichen Bundesländern weiterhin groß. Hier liegt die Platz-Kind-Relation nur bei 9,6 Prozent gegenüber 39,8 Prozent in den östlichen Bundesländern.

Außerdem wird festgestellt, dass es bereits vor dem Inkrafttreten des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) am 1.1.2005 zu einem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gekommen ist. Es wird davon ausgegangen, dass bereits die damalige Ankündigung des Gesetzes seitens der Regierung und des Parlaments sowie die verstärkte politische Diskussion für eine entsprechende Dynamik gesorgt haben. 57 Prozent der Jugendämter strebten bereits vor dem TAG einen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für unter 3-Jährige an. Fast zwei Drittel derjenigen Jugendämter, die zuvor noch keine Ausbaupläne hatten, haben inzwischen mit dem Ausbau begonnen. Die Mehrheit der Jugendämter, die sich eine konkrete Versorgungsquote zum Ziel gesetzt hat, plant eine Verdopplung ihres aktuell erreichten Ausbaustandes. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen und Landkreisen. Das heißt, noch immer entscheidet der Wohnort über die Chancen, einen Betreuungsplatz für ein Kind unter drei Jahren zu finden.

**Nachrüstung mit Dieselrußfiltern wird gefördert**

Um die hohe Feinstaubbelastung in vielen Städten und Gemeinden abbauen zu können, wird die Nachrüstung eines Pkw mit Dieselrußfilter steuerlich gefördert. Dies wurde in 2./3. Lesung mit der Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Drs. 16/4010, 16/4449) beschlossen. Für Fahrzeuge, die mit wirksamer Partikelminderungstechnik ausgestattet sind, wird eine befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 330 Euro gewährt.

▪ **Die Neuregelungen**

Diesel-Pkw, deren Erstzulassung vor dem 1. Januar 2007 liegt, erhalten eine befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 330 Euro, d.h. sie werden so lange steuerbefreit, bis der Wert von 330 Euro erreicht ist. Voraussetzung dafür ist, dass die Pkw in der Zeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009 mit wirksamer Partikelminderungstechnik nachgerüstet werden. Die Steuerbefreiung beginnt jeweils mit dem Tag, an dem nachgewie-

sen wird, dass durch den Filtereinbau der Partikelausstoß um mindestens 30 Prozent reduziert wird und gleichzeitig eine Verbesserung um eine Euro-Abgasstufe erreicht wird. Für Nachrüstungen, die bis zum 31. März 2007 vorgenommen wurden, beginnt die Steuerbefreiung einheitlich am 1. April 2007. Die Steuerbefreiung deckt etwa 50 Prozent der Nachrüstkosten.

Nicht nachgerüstete Diesel-Pkw, die nicht den Partikelgrenzwert des künftigen Euro-5-Partikelgrenzwert von fünf Milligramm pro Kilometer einhalten, werden in der Zeit vom 1. April 2007 bis zum 31. März 2011 mit einem Zuschlag auf die Kraftfahrzeugsteuer von 1,20 Euro je 100 cm<sup>3</sup> besteuert.

### **Unterstützung für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte**

Der Bundestag hat in dieser Woche einen Antrag der Koalitionsfraktionen debattiert (Drs. 16/4417), in dem diese sich für eine stärkere Unterstützung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aussprechen und eine schnelle Umsetzung der Urteile fordern.

Die Koalitionsfraktionen beantragen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, alle geeigneten und notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die erfolgreiche Arbeit des EGMR zu unterstützen und seine Arbeitsfähigkeit zu verbessern. Die Bundesregierung soll außerdem weiterhin für die zügige Befolgung der gegen die Bundesrepublik und ihre Behörden ergangenen Urteile sorgen. In den zuständigen Ausschüssen des Bundestages soll einmal jährlich in geeigneter Form über den Stand der Befolgung der Urteile gegen Deutschland berichtet werden. Die Bundesregierung soll auch gemeinsam mit den Vertretern der anderen Mitgliedsstaaten im Ministerkomitee dafür Sorge tragen, dass die zügige Befolgung der Urteile im gesamten Gebiet des Europarates höchste Priorität genießt.

Die Arbeitsfähigkeit des EGMR ist gefährdet, denn die Zahl der Beschwerden steigt jährlich,

es gibt einen Rückstau von ca. 90.000 Fällen. Der Europarat hat versucht, dieser Entwicklung zuletzt durch das 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu begegnen. Wegen der ausstehenden Ratifizierung durch Russland ist das Zusatzprotokoll jedoch noch nicht in Kraft getreten. Der Antrag verfolgt deswegen auch das Ziel, Russland zur Ratifizierung aufzufordern.

### **Weitere Themen im Plenum:**

- **Partnerschaft mit Afrika**
- **Agentur zur Arzneimittelzulassung einrichten**
- **Änderung des Bundesvertriebenengesetzes**
- **Künstlersozialversicherung wird gestärkt**
- **Bürokratieabbau für den Mittelstand**

### **Termine:**